

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige deutsche Tageszeitung

Nr. 7 — 3. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, 9. Januar 1935

Chefredakteur: M. Braun

Verelendung der Arbeiter	Seite 3
Sehnsucht deutscher Jugend	Seite 5
Die Wandlungen der Wirtschaftsdiktatur	Seite 6
Der Papst und die Saar	Seite 7

Die „Säuberungsaktion“

Ein Schurkenstreich der Gestapo — Die verbotene Zeitschrift „Wir Kriegsfreiwilligen von 1914“ ein Spitzelstück

Berlin, den 8. Januar 1935.

Einige Zeit lang erschien eine Zeitschrift „Wir Kriegsfreiwilligen von 1914“. Der Erfolg war ungeheuer. Sie ging von Hand zu Hand und ihre Auflagen stiegen von Nummer zu Nummer sprunghaft. Auch die ausländische Presse wurde aufmerksam und zitierte lange Abschnitte aus der verdächtig kritischen Zeitschrift, die in derben oder ironischen Auslassungen gegen gewisse Auswüchse des Regimes und der nationalsozialistischen Organisationen Stellung nahm, so gegen das Soldatenspielen und die Annahme der „Saalkämpfer“ gegen die wirklichen alten Frontkämpfer des Weltkrieges.

Ein Aufsatz des Majors Körtisch vom Reichswehrministerium schien darauf hinzuweisen, daß Reichswehrfreie hinter der Zeitschrift händeln oder sie doch wenigstens schützten. So faßte auch die ausländische Presse die sehr auffällige Erscheinung in mitten der Feigheit und Vangeweile des deutschen Pressewesens auf.

Pflichtig aber wurde die Zeitschrift verboten. War sie in der Kritik zu scharf gewesen? War Dr. Goebbels, der die Zeitschrift eine Reihe von Wochen ruhig geduldet hatte, nervös geworden oder anderer Meinung? Lag hier einer der Konflikte zwischen den Nationalsozialisten und der Reichswehr vor? (Konflikte, die übrigens nur zwischen der Reichswehr und gewissen Formationen und Führern der Nationalsozialisten bestehen, nicht zwischen Hitler und der Reichswehr, die mit dem Vorstoß für ihre Aufrüstung einwilligen sehr zufrieden ist, solange sie ihn noch braucht).

Nein, Gründung, kurze Blüte und das Verbot der Zeitschrift „Wir Kriegsfreiwilligen von 1914“ finden jetzt eine Erklärung, die selbst die vorhöflichsten und misstrauischsten Kenner des in Deutschland herrschenden Systems überrascht. Es handelte sich einfach um ein raffiniertes und höchst erfolgreiches Manöver zur Ermittlung von Kritikern am nationalsozialistischen System.

In jeder Nummer der Zeitschrift wurde zu freimütigen Zuschriften aufgefordert. Die Folge war eine Flut von Briefen an die Redaktion. Es liefen mehrere tausend Briefe mit vollen Adressen ein. Da die Zeitschrift mit Billigung der Regierung oder doch unter stillschweigender Zusage der Nachhaber te auszukommen saßen und die vielen mit Sorgen und Kritik beladenen Menschen glücklich waren, endlich das Ventil einer öffentlichen Ansprache zu finden, ließen sie sich zu entsprechenden Beiträgen an die Zeitschrift verleiten. Die Versuchung war umso größer, als das Blatt in militärisch-patriotischen Formen geleitet wurde, und so gerade ehemalige Offiziere der Reserve und überhaupt konservative Kreise glaubten, sich hier ruhig zur Kritik „im väterlichen Geiste“ melden zu dürfen.

Das Erwachen aus dem schönen nationalen Traume war furchtbar. Als die Redaktion, das heißt das Reichspropagandaministerium plus Gestapo mehrere tausend Adressen von Rüstgebern, Rüstmachern, Kritikern, Gerüchtmachern und ähnlichen „Staatsfeinden“ zusammen hatten, machten sie den Laden zu und die Welle der Massenverhaftungen setzte ein.

Dr. Goebbels ist genau so verfahren, wie er wiederholt öffentlich angekündigt hat: man hat die „Wahlmänner“ aus ihren Wägen herausgelassen, hat sie eine kurze Frist in Sicherheit gewiegt, um dann um so kräftiger und wirksamer zuzuschlagen. Wie viele „Wahlmänner“ in die Falle gingen, wird nicht festzustellen sein.

Dah Herr Major Körtisch und seine Kameraden vom Reichswehrministerium sich ahnungslos zu diesem wider-

lichen Spitzel- und Agent-Provokateur-Werk herangehen haben, zeigt nur, mit welcher Volunkenkunst die ganze Sache vorbereitet und durchgeführt worden ist. Orientalität im Verbrechertum wird man den Herren, die von der Reichstagsbrandstiftung an bis zu diesem einweislichen letzten Gonnerrückchen immer wieder ihre Fantasie erfolgreich spielen ließen, nicht absprechen können.

Man mag aber aus dem schurkischen Raffinement des Systems und seiner Kreaturen erkennen, mit welcher Angst, Vorsicht und Sorgfalt die illegale Arbeit im Reich geleitet werden muß, und wie sehr insbesondere die sozialdemokratischen Funktionäre recht haben, wenn sie ihre Mitarbeiter nur nach sehr genauer Kenntnis der Personen auswählen, um Massenverhaftungen möglichst zu vermeiden. Es ist besser und zweckmäßiger, Heroldsmus im illegalen Kampfe zu zeigen als hinter Kerkermauern. Auch bei den Massenverhaftungen der letzten Wochen sind nur ganz vereinzelt tätige illegale Sozialdemokraten „hochgegangen“. Man sperrte wahllos Leute ein, die von früher her noch aus parteipolitischen oder amtlicher Tätigkeit als Vertrauensleute der Sozialdemokratie bekannt waren.

Bücherladen als Lockspitzel

Ein bezeichnender Vorfall, der auf der gleichen Ebene liegt, wird uns aus einer westdeutschen Großstadt berichtet. Hier bestand vor der Nachtergreifung in der Nähe des Bahnhofs eine „Bücherstube“, die hauptsächlich linksradikale Literatur vertrieb. Das war natürlich im März 1933 schnell zu Ende. Einige Monate später, als sich der Bücherladen unter neuer Leitung befand, erschienen im Schaufenster plötzlich wieder Werke verheimlicht und verbrannter Autoren. Große Ueberraschung! Interessenten kamen, bestellten Bücher und gaben den Verkäufern auf deren Bitten ahnungslos ihre Adresse, wenn angeblich ein der gewünschten Bücher „nicht auf Lager“ war. Es dauerte nicht lange, und es erschien in der Wohnung statt des Buchhandlungsboten — die Gestapo, die bei den Verdächtigen peinliche Hausdurchsuchungen vornahm und sofortige Verhaftungen anordnete, wenn sie irgend etwas fand.

Später wurde das gleiche in den Vororten der Großstadt versucht. Hier stellte man in äußerlich unscheinbaren Buch- und Papierläden plötzlich illegale Literatur aus. Käufer wurden beobachtet und festgenommen.

Das ist das Land und das System, das Deutschland wieder Ansehen in der Welt verschaffen will!

Die Zeitschrift „Widerstand“ (Herausgeber Ernst Rietlich) ist bis auf weiteres verboten worden. Rietlich ist vollstlicher Sozialist und ein politischer Eingänger.

Katholikenverhaftungen

Wegen der „Deutschen Freiheit“

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Vor kurzem sind in mehreren Städten des Industriegebietes Mitglieder katholischer Jugendorganisationen verhaftet worden; sie werden beschuldigt, mit illegalen Sozialdemokraten in Verbindung gestanden und sich an der Verbreitung der „Deutschen Freiheit“ beteiligt zu haben. Einigen der Verhafteten wird vorgeworfen, sie hätten Aufsätze aus der „Deutschen Freiheit“ vervielfältigt und in katholischen Kreisen verteilt.

Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde für alle Klassen und Lehrer verbindliche Schulwanderungstage anordnen.

Sollten sich, so erklärt Minister Wächtler, die in der letzten Zeit wahrgenommenen Uebergriffe wiederholen, so werde er mit schärfsten Maßnahmen eingreifen.

„Goldrausch“ verboten!

Goebbels kann Chaplin nicht leiden...

Die im Jahre 1926 ausgesprochene Zulassung des Chaplin-Films „Goldrausch“ ist auf Grund einer vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda angeordneten Nachprüfung von der Filmoberprüfstelle widerrufen worden.

Das Abkommen von Rom

Eine neue Niederlage Hitlers

Rom, 8. Januar.

Ueber den Inhalt der Dokumente, die von Mussolini und Laval unterzeichnet wurden, wird amtlich folgendes mitgeteilt:

1. Ein amtliches Communiqué über die Uebereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen in den afrikanischen Fragen und die wichtigsten Probleme der allgemeinen Politik.

2. Ein Protokoll, in dem Italien und Frankreich sich verpflichten, im Falle einer neuen Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit sich zu konsultieren, allen österreichischen Nachbar- oder Nachfolgestaaten zu empfehlen, sich ihrer Initiative anzuschließen und untereinander einen Pakt abzuschließen, durch den sie sich verpflichten, gegenseitig ihre Grenzen zu respektieren und sich nicht in die inneren Angelegenheiten einzumischen.

3. Drei Entwürfe von Kolonialkonventionen, wovon eines das Statut der Italiener in Tunesien regelt, deren Privilegien nach 1965 aufhören, während die beiden anderen die Gebietsabtretungen festlegen, welche Frankreich Italien in Libyen und im Somaliland zugeht.

4. Ein Protokoll, durch das die französische und italienische Regierung in Auslegung der Erklärung der fünf Großmächte vom 11. Dezember 1932 über die Gleichberechtigung Deutschlands so lange geschweigt ist, als kein Sonderabkommen diesbezüglich zwischen dem Reich und den Großmächten abgeschlossen ist.

Der Wortlaut der Abkommen bleibt vorläufig geheim. Mussolini und Laval haben vereinbart, daß die Abkommen sobald wie möglich den interessierten Ländern zur Prüfung unterbreitet werden.

Bisher hatte bekanntlich Italien stets eine der deutschen Aufrüstung gegenüber wohlwollende Politik betrieben. Mussolini hatte wiederholt teils selbst in seinen Reden, teils durch seine Beauftragten im Völkerverbund das Recht Deutschlands auf Rüstungsgleichberechtigung, d. h. auf Aufrüstung anerkannt. Mit dieser These stand Mussolini in schroffem Gegensatz zu Frankreich. Es war für die deutsche Außenpolitik in den früheren Jahren stets eine Erleichterung, daß das Italien Mussolinis in der Rüstungsfrage die deutschen Belange unterstützte hatte.

Es mußte erst das Reich Adolf Hitlers kommen, damit nun auch der italienische Freund, neben Sowjetrußland, dem deutschen Volk den Rücken gekehrt hat. Die Protokolle von Rom zeigen mit aller Deutlichkeit, daß das deutsche Volk nicht nur innenpolitisch, sondern ganz besonders außenpolitisch dafür büßen muß, daß es im Januar 1933 an Hitlers „Mission“ geglaubt hatte.

Durch das Abkommen in Rom hat die französische Diplomatie in den Fragen der allgemeinen europäischen Politik und speziell in der deutschen Rüstungsfrage ein Zusammengehen mit Italien erreicht. In dem ersten Protokoll wird ausdrücklich betont, daß beide Regierungen über „die wichtigsten Probleme der allgemeinen Politik“ in Uebereinstimmung handeln werden. Das bedeutet, wie wir schon mehrmals an dieser Stelle hervorgehoben haben, daß die französische Diplomatie in ihrer Politik Deutschland gegenüber durch Italien nicht mehr gehemmt wird. Damit keine Zweifel mehr über die Abkehr der italienischen Politik vom „dritten Reich“ bestehen, haben die beiden Staatsmänner in Rom ein Protokoll unterzeichnet, in welchem sie die Aufrüstung Deutschlands ausdrücklich als vertragswidrig bezeichneten.

Damit hat sich Italien offen dem französischen Standpunkt angeschlossen. Jetzt wird es auch verständlich, warum vor einiger Zeit der Quai d'Orsay die Wilhelmstraße wissen ließ, daß die geplante Reise von Rudolf Hess nach Paris vorläufig unerwünscht sei. Laval wollte eben vorher auch in der Rüstungsfrage eine Verständigung mit Italien erreichen, um bei den kommenden Verhandlungen viel entschiedener dem „dritten Reich“ gegenüber aufzutreten zu können. Alle Versuche Hitlers, durch die sogenannten Frontkämpfer, eine direkte Verständigung mit Frankreich zu erreichen, haben schon deswegen zu keinem Ergebnis geführt, weil das dauernde Säbelraseln im „dritten Reich“, das Marschieren der Jugend, die fieberhafte Beschäftigung der deutschen Rüstungsindustrie, insbesondere der chemischen und Flugzeugindustrie, sowie überhaupt die ganze moralische Aufrüstung des deutschen Volkes unter dem Hitlerregime im französischen Volk ein so gewaltiges Mißtrauen erregen mußten, daß die plumpen Anbiederungsversuche der Hitlerregierung auf dem Umwege über die Frontkämpfer, des Zehntausenden Herrn von Ribbentrop und Rudolf Hess, nicht den geringsten Eindruck machen konnten. Gerade an

„Uebergriffe“

Sorgen eines deutschen Unterrichtsministers

Der thüringische Minister für Volksbildung, Wächtler, wendet sich in einem Rundschreiben gegen Eingriffe in den inneren Schulbetrieb. In der letzten Zeit sei es wiederholt vorgekommen, daß sich Parteibehörden ohne behördliche Genehmigung Eingriffe in den inneren Schulbetrieb erlaubten.

Der Minister weist mit großem Nachdruck darauf hin, daß es den Schulleitungen auf das strengste untersagt ist, von außen kommende Anordnungen, die den inneren Schulbetrieb betreffen, zu befolgen, wenn sie nicht über die Schulaufsichtsbehörde gehen. Insbesondere sei es unzulässig, wenn politische Amtswalter oder Jungbauernführer ohne Ge-

Diesem Beispiel zeigt es sich, wie eng heute die Innenpolitik mit der Außenpolitik verknüpft ist. Man kann nicht gleichzeitig eine Innenpolitik der Barbarei, der Konzentrationslager, des Rassenwahns, der Soldatenpielerei und gleichzeitig eine wirkliche Friedenspolitik nach außen treiben.

Aus dem römischen Protokoll geht ferner hervor, daß die Tür zu weiteren Verhandlungen mit Deutschland über die Rüstungsfrage offen bleibt. Aber während bisher das „dritte Reich“ mit einem in der Rüstungsfrage uneinheitlichen Europa zu tun hatte, steht jetzt das „dritte Reich“ einem geschlossenen Block der Großmächte gegenüber. Neben Italien ist es nunmehr auch Sowjetrußland, das, um die Gefahr einer Intervention und der Verwirklichung der Pläne Hitlers-Rosenbergs zu vermindern, sich in der Rüstungsfrage dem französischen Standpunkt angeschlossen hat. England nimmt zwar eine besondere Stellung ein, aber bei den engen Beziehungen, die zwischen Frankreich und England bestehen, kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß England im Endeffekt die französische Diplomatie in der Frage der Aufrüstung Deutschlands unterstützen muß. Bekanntlich sollen Flaminio und Laval voraussichtlich am 20. Januar nach London fahren. Auf Grund der Gespräche, die dort zwischen den französischen und englischen Staatsmännern geführt werden, werden dann die kommenden Verhandlungen mit dem „dritten Reich“ über die Abrüstungsfrage eingeleitet.

Bemerkenswert ist bei all diesen Verhandlungen, daß die Wilhelmstraße völlig an die Wand gedrückt worden ist, während die französische Diplomatie unter Lavals Führung eine lebhaftere Aktivität entwickelt, die mit dem Pakt in Rom vorläufig einen nicht zu unterschätzenden außenpolitischen Erfolg davon getragen hat. Das isolierte Hitlerdeutschland befindet sich in der Defensive und in den nächsten Monaten wird es auch in der Rüstungsfrage unter dem Druck eines geeinten Europas den Rückzug antreten müssen.

Was Berlin sagt

Lavals Erfolg in Rom

Die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 14) läßt sich durch ihren Chefredakteur aus Berlin berichten:

Tatsache ist dies: Zum ersten Male seit dem Weltkrieg hat sich der frühere Staatsmann Frankreichs in die Hauptstadt des faschistischen Italien begeben — und die Reise war nicht erfolglos. Die französische und die italienische Regierung haben die bestehenden Hindernisse einer dauerhaften Verständigung zwischen ihren beiden Nationen beseitigt; wenn auch keineswegs für alle Zeit wegeräumt und haben sich auf einen präzisen Vorschlag geeinigt, den sie den in Südamerika interessierten Ländern machen wollen. — Sie haben sich weiter geeinigt über ein bestimmtes Verfahren, das sie selbst zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Österreichs einhalten wollen; sie schließen einen Nichteinmischungsabstand vor, dem sie selbst beitreten wollen und schließen einen Konventionsabstand, der auch anderen offenstehen soll.

Es ist anzunehmen, daß die beiden Mächte auf Grund dieser Einigung an die beteiligten Nationen herantreten werden. Vielleicht durch eine diplomatische Note. Man wird dann erst mit letzter Deutlichkeit sehen. In jedem Fall werden die Entscheidungen ebenso ernst wie verantwortungsvoll und schwierig sein. Man wird den römischen Vorschlag im früheren Zusammenhang der europäischen Gesamtentwicklung zu betrachten haben.

Hitlerdeutsche Lieder

Heiho! Die Heidenfahnen weh'n . . .

Berlin, 7. Jan. Das katholische Kirchenblatt berichtet, daß einem Wäbriaken Mädchen in Berlin ein Flugblatt in die Hand gedrückt worden ist, das eine Art heidnische Hymne enthält. Einige Strophen seien daraus zitiert:

Heiho! Die Heidenfahnen weh'n,
Sie grüßen unsre Schar,
So wollen wir zum Sturme geh'n,
Nicht scheuen die Gefahr!
Heiho-Do-Do-Do!
Heiho-heiho!
Nicht scheuen die Gefahr!

In dem Liede wird der heilige Bonifazius, ferner Kaiser Karl der Große verhöhnt. In der vorletzten Strophe heißt es:

Sankt Petri Kessel wanket schon,
Bekümmt ihn, bis er bricht;
Wenn fällt der letzte Priesterthron,
Dann wird's in Deutschland licht!

Die letzte Strophe lautet:

Voran zum letzten Sturm,
Ums Banner dich gehart!
Jertreten liegt der Weltentwurf,
Gefügt hat deutsche Art.
Heiho-Do-Do-Do!
Heiho-heiho!
Gefügt hat deutsche Art.

Nicht von Pappe

Die deutschen Hoheitszeichen

Die neueste Liste über Entscheidungen auf Grund des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole enthält wiederum einige Verbote kritischer Darstellungen. Danach sind u. a. verboten worden aus Pappe geprägte Hoheitszeichen der NSDAP, und Abzeichen der NSD, ferner Geschäftsbriefbogen und Briefumschläge mit dem Aufdruck „SS-Schreibdienst“ sowie minderwertige Ausführungen von SA-, SS- und Reichswehr-Reliquien. Unter den für zulässig erklärten Gegenständen befinden sich Wandsticker aus essensbeinartigem, mattglasiertem Porzellan mit dem plastischen Kopfbild des Führers aus weißem Porzellan.

„Der Weg nach Paris führt über Rom“

Eine Mahnung an Hitler

Paris, 8. Januar.

(Von unserem Korrespondenten)

Wenn auch in Rom nicht alle Blütenräume gereift sind, die Optimisten seit Wochen geträumt haben, und wenn auch hier und da in der französischen Presse es ganz leise ausgesprochen wird, daß man von dem Rombeisuch des Außenministers Laval mehr erwartet habe, als dieser an Resultaten zeigte, so ist doch die Presse im allgemeinen mit dem Ergebnis der Begegnung Laval-Mussolini recht zufrieden.

Nur ein Bedauern wird vielfach geäußert, daß nämlich erst jetzt Frankreich und Italien den Weg zu einander gefunden haben, und in diesem Zusammenhang spricht Leon Galbo im „Jour“ von einem „langen Irrtum“. Er unterstreicht eine Wendung in der in Rom gehaltenen Rede Lavals, die darauf hingedeutet habe, daß er bereits im Jahre 1931 habe in Rom seinen Besuch machen wollen, ohne damals bei den Italienern bzw. bei Mussolini das nötige Entgegenkommen zu finden.

Im „Journal“ meint Saint-Brice, daß nun das Eis gebrochen sei, während der „Quotidien“ vor übertriebenen Hoffnungen warnt. Das Blatt weist darauf hin, daß die Reden Mussolinis und Lavals auf einen verchiedenartigen Ton abgestimmt gewesen seien. Laval habe viermal das Wort „Frieden“ ausgesprochen, er habe „im Namen Frankreichs, das sein egoistisches Ziel verfolge“, gesprochen, Mussolini habe von neuem auf die Prinzipien der italienischen

Politik hingewiesen, habe erklärt, es handle sich darum, „im Donaubekken die Interessen und Lebensnotwendigkeiten der Staaten mit den Forderungen der Allgemeinen Ordnung in Einklang zu bringen“.

Im „Intransigeant“ stellt Gallus die Frage: „Was wird Deutschland sagen?“ Er vertritt die Auffassung, daß nun „trotz aller Geographie der Weg von Paris nach Berlin über Rom führe“. Mit anderen Worten also, wenn Hitler heute mit Frankreich verhandeln wolle, dann könne er das nicht mehr mit Hilfe der ehemaligen französischen Frontsoldaten oder durch Vermittlung von Herrn von Ribbentrop oder Rudolf Dek direkt in Paris versuchen, sondern er müsse den Weg nach Rom — vielleicht spricht man besser von einem Weg nach Casoffa — wählen, müsse sich in Rom mit Mussolini, der Kleinen Entente und Österreich an den Tisch setzen und seine Hoffnungen auf Österreich festerlich begraben. Gallus meint, das Reich würde sicher lieber direkt mit Frankreich verhandeln und ohne Feinden, aber gerade das verbiete die Klugheit den Franzosen. Wenn Hitler jetzt dem Abkommen von Rom beitrete, dann wäre er damit das Maß seiner Aufrichtigkeit. „Wollen Sie sich mit uns verständigen, Herr Reichskanzler?“ fragt Gallus am Schluß. „Treten Sie ein. Wir haben gerade ein paar Freunde hier, die entzückt sein werden, Sie zu empfangen.“

Was muß ein SA-Mann bezahlen?

Pro'est aus dem Re'ch

Ein SA-Mann, noch heute in der SA tätig, schreibt uns:

Als ich 1929 zur SA übertrat, verdiente ich ungefähr 45 Mk. pro Woche. Aus irgendeiner Verblendung bin ich zum Nationalsozialismus gekommen und wurde einer der eifrigsten. 1930 wurde ich arbeitslos, trat zur SA über und stand damit in den ersten Reihen der sogenannten braunen Parawanne Adolf Hitlers. Als wir die „Revolution“ gemacht hatten, war ich Wächter in einem Gefangenenlager. Eines schönen Tages, es war der 6. Mai 1933, wurde ich plötzlich abgeholt und bekam Arbeit bei der Eisenbahn als Streckenarbeiter. Wenn die Arbeit auch schwer und ungewohnt war, so freute ich mich doch, wieder arbeiten zu dürfen. Es war nicht viel, was ich verdiente, aber es war immer noch besser als Wohlfahrt.

Nachdem man mich einige Wochen in Ruhe gelassen hatte, wurde ich aufgefordert, meinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der SA und Partei nachzukommen. Ich tat es gerne, hatte ich es doch der SA zu verdanken, daß ich wieder arbeiten konnte. Aber heute, nach zwei Jahren, ist es schon nicht mehr zum Anhalten. Wir murren immer mehr und mehr, brachte uns doch der Nationalsozialismus nicht das, was wir erhofft und erträumt hatten. Murten wir früher bei 45 Mark Lohn, so sind wir froh, heute 20 und 22 Mk. zu verdienen. Dann muß ich bezahlen an die SA und die Partei pro Monat:

- 1,80 Mk. an die Partei, inbegriffen 30 Pfennig SA-Ver sicherung;
- 4,— „ an SA-Kontakaten;
- 1,— „ an Kassen für Uniform, Ausrüstung;
- 0,80 „ Sturm- und Truppmilage;
- 0,10 „ Schargeld
- 0,10 „ Denkmalpende für Kurt Günther;
- 0,20 „ Schickgeld und
- 1,00 „ für Munition. Rechnet man noch dazu, daß man, weil der Dienst so weit ist,
- 1,— „ für Strahlenbahn braucht und
- 2,— „ für Bier wegen Dienst in Restaurant, so kommt die Summe

12,50 Mk. heraus.

Korrupt'e Hitlerbonzen

In zweitägiger, unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführter Verhandlung hatte sich die Große Strafkammer Hansa mit Verfehlungen des Wäbriaken Otto Sukmann aus Hanau zu befassen. Der Angeklagte war früher als Obersturmführer und Adjutant der Standarte der SA tätig gewesen und wurde wegen erschwerter Untrene in Tateinheit mit Unterschlagung, und zwar wegen Untrene in drei Fällen und wegen Betruges in zwei Fällen zu einer Gesamtkstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Unterschlagung wurde, da er durch sein Zeugnis die Veruntersuchung erschwert hatte, nicht angerechnet, der Haftbefehl nicht aufgehoben.

In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß der Angeklagte in zahlreichen Fällen bei den ihm unterstellten SA-Männern die gezahlten „Ausnahmegebühren“ für die Aufnahme in die NSDAP, unterschlagen habe. Diese Verfehlungen wurden vom Gericht als die schlimmsten der unter Anklage stehenden Fälle bezeichnet. Ferner habe er in Gemeinschaft mit einer anderen Person, die sich demnach auch wegen Unterschlagung vor Gericht zu verantworten haben wird, Sammelbüchse geöffnet und daraus etwa 20 Mark entnommen. Seine Angabe, daß eine Berechnung stattgefunden habe, wurde als nicht glaubhaft bezeichnet. Obwohl er ausreichende Aufwandsentschädigung bezogen habe, auch aus einem Gehalt 1000 Reichsmark erhalten habe, sei von ihm für sich und seine Familie Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch genommen worden, ohne der zuständigen Stelle die richtigen Unterlagen zu geben. Aus einem Verlust von 200 Reichsmark an SA-Männer habe der Verurteilte Vorteile gezogen und anderes mehr.

Das Gericht hat bei der Bemessung der Strafe berücksichtigt, daß der Angeklagte aus niedrigen Beweggründen gehandelt, dem Ansehen der SA, der Partei und des Staates schweren Schaden zugefügt und das Volkswohl geschädigt habe.

Dabei sind noch nicht einmal der Verschleiß an Schuhen und Strümpfen, an der Uniform und sonstige laufend Kleinigkeiten gerechnet. Ich verdiene im Monat durchschnittlich 100 Mk. als Streckenarbeiter, davon beziehe ich an Steuern und sozialen Abgaben

- 2,— „ M. Bürgersteuer pro Monat;
- 3,00 „ Einkommensteuer;
- 5,45 „ Ehestandsbeihilfe (Zunngelassensteuer);
- 15,96 „ Invaliden- und Krankenkasse sowie Arbeitslosenunterstützung;
- 2,20 „ Pensionskasse;
- 2,10 „ Arbeitslosenfürsorge (Wohlfahrt);
- 1,20 „ Winterhilfe;
- 2,40 „ Arbeitsfront;
- 0,50 „ Opfer zum Aufbau der nationalen Wirtschaft;
- 12,50 „ SA und Partei.

46,91 Mk.

Nun kann sich jeder selbst ausrechnen, was uns bleibt. Dann wundern sich die Herren mit den Luxusautomobilen, warum uns der Nationalsozialismus so lausig schnuppe ist. Ich bin zwar einer von denen, die das wenigste verdienen, und ehe- und kinderlos. Die Arbeiter, die Frau und Kind haben, verdienen zwar etwas mehr und es wird ihnen auch nicht ganz soviel abgezogen, aber ihr Geld langt auch hinten und vorn nicht an.

Vapen hat die Hungerlöhne geschaffen und Hitler hat die Preise hochgeschraubt, eine Hand wäscht die andere. Früher sind wir unterstützt worden, wo es nur ging. Heute heißt es nur zahlen und immer wieder zahlen. Man weiß bald nicht mehr, für wen, aber man muß. Das ist das wahre Gesicht des „dritten Reiches“!

Gehaltsabbau

Man schreibt uns aus Berlin:

Die „Bewag“, das Berliner Verkehrsunternehmen, hat ab 1. Oktober einen umfangreichen Gehaltsabbau vorgenommen. Er hat diesen Umfang:

Gruppe:	Grund-gehalt	nach 5 Jahr.	nach 10 Jahr.	nach 15 Jahr.	nach 20 Jahr.
1	125 (155)	132 (174)	137 (208)	144 (221)	150 (232)
5	210 (267)	221 (247)	231 (290)	241 (303)	252 (336)
9	340 (352)	357 (419)	374 (505)	391 (551)	408 (611)

pro Monat.

In Klammern stehen die Gehaltsätze nach der letzten Gehaltsregelung vom Oktober 1932.

Amtswalter der NS-Volkswohlfahrt

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Stettin hatte sich der 46 Jahre alte Friedrich Arndt aus Hiddow wegen Betruges an der NS-Volkswohlfahrt zu verantworten. Der Angeklagte hatte im Jahre 1934 wiederholt sich Gelder angeeignet, die ihm in seiner Eigenschaft als Amtswalter der NS-Volkswohlfahrt zugegangen waren. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht ging unter dieses Strafmaß und verurteilte ihn wegen Untrene in besonders schwerem Falle, zum Teil in Tateinheit mit Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 20 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust.

„Richter“ und Gendarmen

Neue Mitglieder des Volksgerichtshofs

Der Gendarmereilegeneral Schüttenberg und der Oberleutnant der Landespolizei Rath sind vom „Führer und Reichskanzler“ auf Vorschlag des Reichs- und preussischen Justizministers auf Grund des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934 auf die Dauer von fünf Jahren zu Mitgliedern des Volksgerichtshofs ernannt worden.

„Beleidigung des Führers“

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: In der schlesisch-schlesischen Grenzstadt Liebau im Riesengebirge wurde ein 45jähriger Volksschullehrer verhaftet. Er hatte in einer Wäbriaken beleidigende Äußerungen gegen den Führer und Reichskanzler gemacht. Der Verhaftete ist im vorigen Jahr auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt worden. Er wurde in das Landesoberster Gerichtsausschuss eingeliefert.

Die Ausländer in Frankreich

Was geschieht mit den „Unerwünschten“?

Paris, 8. Januar.

(Von unserem Korrespondenten)

Die Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte will in Frankreich nicht von der Tagesordnung verschwinden. Der Arbeitsminister hat jetzt in einer Verordnung festgelegt, welche Höchstzahlen von ausländischen Arbeitern in Zukunft in den verschiedenen Berufsgruppen in den Departements Seine und Oise beschäftigt werden dürfen. Diese Höchstzahl soll für Erdarbeiter auf 25 Prozent, einen Monat später auf 20 Prozent und nach drei Monaten auf 15 Prozent vermindert werden, bei den Maurern soll der Prozentsatz der ausländischen Arbeiter nach und nach auf 15, später 10 Prozent im Departement Seine, und auf 20, später 15 Prozent im Departement Seine und Oise herabgesetzt werden. Für Zementarbeiter will man zunächst auf 20, dann auf 15 Prozent im Departement Seine heruntersetzen. Die Gruppen, in denen weiter ein sehr großes Kontingent von Ausländern nötig bleibt, sind Ofenheizer, Glaser und die der Molarkarbeiter. In zahlreichen anderen Berufen wird der Anteil der ausländischen Arbeiter auf 5 Prozent herabgesetzt.

Weiter haben sich die zuständigen französischen Ministerien mit der Frage beschäftigt, was mit den vielen Ausländern geschehen soll, deren Aufenthalt in Frankreich unerwünscht ist. Viele von ihnen haben Ausweisungsbefehle erhalten, ohne daß sie sich im geringsten bemühen, ihr Heimatland anzukommen. Die Behörden, die die Ausweisung durchzuführen haben, können diese unerwünschten Elemente nur in Nachbarländer abschieben, in denen sie aber auch nicht willkommen sind. Diese schicken sie wieder zurück, und so hat Frankreich von neuem die Sorge für sie.

Wenn sie dann wegen Banndruchs zu Gefängnis verurteilt werden, werden die französischen Steuerzahler durch sie belastet, da sie ja die Kosten der Gefängnishaft zu tragen haben. Eine neue Ausweisung würde zu nichts führen; denn die Komödie beginnt einfach von neuem. Da nun das Problem auf diese Weise nicht zu lösen ist, muß man nach Auffassung der zuständigen Stellen mit der gewohnten Methode brechen. Man hat daran gedacht, ob es nicht möglich ist,

Arbeitslager zu schaffen,

in die die Verurteilten verschickt werden sollen, die unter allen Umständen in Frankreich bleiben wollen. Frankreich hat ein riesiges Kolonialreich mit großem Neuland. Warum, so sagt man, soll man nicht unter der Voraussetzung einer sehr genauen Kontrolle und Verwaltung gewisse Landstriche denjenigen zur Verfügung stellen, die niemand haben will, und die sich doch dort eine christliche Existenz schaffen können?

Wenn wir von diesen Plänen den Lesern der „Deutschen Freiheit“ und vor allem den zahlreichen deutschen Emigranten in Frankreich Kenntnis geben, die glücklich wären, wenn man ihnen die Möglichkeit gäbe, unter klimatisch gesunden und menschenwürdigen Verhältnissen zu arbeiten und ein bescheidenes Leben zu führen, dann wollen wir noch hinzufügen, daß auch nach Auffassung maßgebender französischer Kreise dieser Versuch freundliche Aufnahme finden würde von Seiten all jener Heimatlosen, die heute, überall zurückgewiesen, zu einem Elendleben verdammt sind. Auf die anderen aber, so meint man, die angeblich nicht in der Lage seien, Frankreich zu verlassen, würde dieses Experiment eine heilsame Wirkung haben.

Die jüdische Palästinaeinwanderung

Nach einer Darstellung des zahlenmäßigen Wachstums der jüdischen Bevölkerung Palästinas in den letzten Jahren gab in einer Pressekonferenz der Leiter der Einwanderungsabteilung der Osthadruth in Warschau, Eljahu Dobkin, die Zahl der Juden in Palästina Ende 1934 mit rund 310.000 an. 1933 habe die jüdische Bevölkerung Palästinas um 20 Prozent, i. J. 1934 um 22 Prozent zugenommen. Während im November 1931 die palästinajüdischen Juden 17 Prozent der Gesamtbevölkerung (170.610 Juden und 801.200 Araber) ausmachten, sei dieser Prozentsatz Ende 1934 auf 25 Prozent (310.000 Juden gegenüber 940.000 Arabern) gestiegen. Die Einwanderung nach Palästina, fuhr der Referent fort, sei in einem alle Erwartungen übertreffenden Maße gestiegen. So habe Wladimir Jabotinski Ende 1930 in seiner Aussage vor der Shaw Commission erklärt, zur Schaffung einer jüdischen Mehrheit in Palästina müßte die jüdische Einwanderung i. J. 1934 mindestens 22.000 und 1940 40.000 Einwanderer stark sein. In Wirklichkeit habe die jüdische Einwanderung nach Palästina schon heute 60 Prozent der durchschnittlichen Jahreszuwanderung von Juden in die Vereinigten Staaten zur Zeit des Höchststands dieser Ein-

wanderungsbewegung in den Jahren 1890 bis 1915 erreicht. Neue Einwanderung nach Amerika habe bekanntlich zum Entstehen des großen jüdischen Zentrums in diesem Lande geführt. Ferner sei die jüdische Einwanderung nach Palästina heute größer als die jüdische Einwanderung nach allen übrigen Ländern zusammengenommen. Werde sie in demselben Tempo fortgesetzt, dann sei zu erwarten, daß Palästina in fünf Jahren eine jüdische Bevölkerung von einer Dreiermillion Seelen haben werde. Man sehe, daß die Regierung jetzt größeres Verständnis für die Stärke der Aufnahmefähigkeit des Landes zeige. Es sei möglich, daß i. J. 1935 die legale Einwanderung nach Palästina 60.000 Menschen betreffen werde. Ferner bestünde die Möglichkeit, daß die Regierung eine Ergänzungsschule von mehreren tausend Zertifikaten bewilligen wird.

Die Zahl der Juden in Palästina

Jerusalem, 7. Jan. Die Zahl der Juden in Palästina Anfang 1935 wird mit 307.312 angegeben. Das sind 26 Prozent der Gesamtbevölkerung Palästinas.

Briefkasten

M. E. Beien Dank. Aber wir hatten das reizende braune Jitzel schon vermisst.

C. P., London, 1. No. Sein Vater war unehelich und ist später legitimiert worden. Daher die Namensänderung. Großvater unbekannt. 2. Bitte 1 und daher nicht erst zu beantworten. 3. Hochschuldig. Die Frage läßt sich auch im Saargebiet öffentlich nicht erörtern. Die Haltung der Hände auf den allermeisten Fotografien läßt entsprechende Schlüsse zu.

Hochener Illegal. Ihr schreibt uns: „In den letzten Tagen erreicht die Zahl der verhafteten angeblichen Gegner des Hitlerregimes hier mehr als 60 und die Verhaftungen halten noch dauernd an. Durchweg handelt es sich um gänzlich Unschuldige. Unter den Verhafteten befinden sich Leute, denen wir unser Material unter die Füße heften, damit sie auch mal wieder sehen, daß es außer Nazis auch noch andere gibt. In unseren Illegal arbeitenden Reihen sind bisher keine Verluste entfallen. Unsere besten Kräfte sind SA., SS-Leute und Funktionäre der Nazis.“

Binder, Schweiz. Wir entnehmen Ihrem Brief: „Es trübte mich tief, als ich in dem neuen Kalender, den ich hier in meiner Stube aufhing, zum ersten Mal ein Bild für mich sah, das sie vielleicht auch einmal bringen können: „Man kann eine Idee durch eine andere verdrängen, nur die der Freiheit nicht.“ — Sie leben, daß wir gerade jetzt Briefe des Emigranten Hörne abdrucken.

Ein mehrere. Die Winterhilfe brachte bis 15. Dezember nach amtlichen Angaben 1933: 125 Millionen, 1934: 95 Millionen, davon 43 Millionen Sachwerte. Bei den geschätzten Preisen ist das Gesamtvermögen mit höchstens 70 Prozent gegen das Vorjahr einzulassen — falls die Zahlen überhaupt stimmen.

Emigranten Paris. Verlichen Dank für Ihre Treue und Ihre Güte. Wir bleiben, wie wir waren.

A. J., Püttlich. Einem Privatbrief aus Deutschland an Sie entnehmen wir: „Lindenhofen, Geschäftsführer und Personalchef beim Verband sozialer Bauern, KTG, Haus, ist seitlos entlassen und aus der SA. ausgeschlossen worden. Der Mann war führender Saalschläger und Großbetrieblager an dem Dinaudmarkt der „roten Bonzen“ bei der Belegung am 2. Mai 1933. Jetzt hat sich allerdings herausgestellt, daß der Mann 1919 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis wegen Verhinderung von Geizhalsen verurteilt war und außerdem der RFD. angehört hat.“ — So werden besinnungslose Karrieren abgebrochen, seitdem die „Revolution“ abgeblieben ist.

Dr. med. in . . . Sie schreiben uns: „Von einem nordwestdeutschen Städtchen wird uns aus Herzkreisen mitgeteilt, daß dort sämtlichen Kertern ein Fragebogen zugegangen ist, in welchem sie beantworten mußten, ob sie einen Führerweiln befehlen, ob sie reiten können, welcher Art ihr letzter militärischer Dienst war.“ — Das sind natürlich nur Friedens- und Verdächtigungsfragen.

„30. Juni“. Ihnen verdanken wir Freiberichte über eine Rede des pommerischen Gaupropagandaleiters Lindemann, der seinen Gg. in Prenzlau u. a. gesagt hat: „Es gibt nur eine Gefahr, daß der Schweinehund sich in unsern eigenen Reihen breit macht. Wir haben die roten Bonzen nicht verjagt, um ein neues Bonzenium groß werden zu lassen. Ich weiß, meine Parteigenossen, daß auch Sie in Ihrer Stadt mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Der 30. Juni hat eine große Reinigungsaktion mit sich gebracht. Sie ist noch nicht beendet.“ — Soviel „Schweinehunde“ scheinen gar nicht totgeschlagen werden zu können, wie es in der NSDAP. gibt.

„Sein Eid“. Aus Ihrer Aufschrift mußten wir u. a. folgende Stelle verschwinden lassen: „Man wird aber, wenn von seinen ehrenwörtlichen Zusagen die Rede ist, an eine andere Anekdote erinnert. Ein gewerkschaftlicher Junge hat wieder einmal eine unglaubwürdige Aussage gemacht: „Können Sie das auch wirklich beschwören?“, fragt ihn der Richter. „Herr Rat, den Eid möchte ich doch sehen, den ich nicht beschwören kann.“

Mit den Ortsanhalten verantwortlich: Johann Fieg in Tübingen; für Inlerose: Otto Kub in Saarbrücken, Notarstempel und Verlag; Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Gestern noch wurden die Siege der Arbeitsschlacht stolz verkündet, und heute wächst die Arbeitslosigkeit.

Fragen über Fragen wirft die Wirtschaftspolitik Adolf Hitlers auf. Sie ist ein Kampf, dessen Erfolg die wenigsten klar sehen, — ein Kampf, der über das tägliche Brot des deutschen Volkes entscheidet. Und zugleich über die Dauer des Hitler-Regimes mitentscheidet.

Warum Arbeitsbeschaffung? Wem soll die Wirtschaft dienen? Ist Hitler Freund der Bauern? Das Geheimnis der Arbeitsbeschaffungswchsel?

Warum ist die Währung fest? Zwangswirtschaft oder Planwirtschaft? Was hat Schacht geleistet?

Gibt es Auswege aus der heutigen Wirtschaftslage? Rettet der Erfindergeist Hitler? Was sind Kompensationsgeschäfte? Wohin muß der Weg Hitlers führen?

Ueber all diese Fragen, die jeden angehen, gibt die Schrift, die jeden interessieren wird, eine Auskunft, die jeden überzeugen muß:

Erhältlich in den

Preis 3,- Fr.

VON DR. NORBERT MÜHLEN

Buchhandlungen der Volkstimme GmbH.,

SAARBRÜCKEN
NEUNKIRCHEN
SAARLOUIS



Auch Dr. König bestätigt

Hitlers Parlamentär im großen Hauptquartier

In einer öffentlichen Erklärung gibt der gleichgeschaltete Redakteur Dr. König zu, „aus rein vaterländischem Interesse“ mit dem Führer der Volkfront Max Braun verhandelt zu haben. Er will aber auf eigene Verantwortung und nicht in irgendeiner amtlichen oder halbamtlichen Auftrag gehandelt haben. Indes bekennt er nicht, daß er nach der Unterredung amtlichen deutschen Stellen berichtet hat. Diese haben freilich nach der strikten Ablehnung, die ihre Angebote bei der Volkfront gefunden haben, zu weiteren Führern keine Lust mehr verspürt.

Dass Dr. König nun die Äußerung findet, er habe „die verführte Anhängerchaft Brauns retten wollen“, ist recht komisch. In solchen Verhandlungen sucht man sich doch wohl nicht den Mann aus, den man als den Verführer betrachtet.

Judem sind ja auch noch die Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Landesratsabgeordneten Piefer gewesen, und da liegt bisher überhaupt noch kein Dementi des Hitlerparlamentärs vor.

Holland sieht die Saar

Unter diesem Titel schreibt der Saartorrespondent von „Het Handelsblad“ (Amsterdam) einen großen Artikel, dem wir die folgenden Absätze entnehmen: „Der Betrieb in Saarbrücken hat nicht den Reiz der Fröhlichkeit und der Ungezwungenheit. Der Betrieb hat die Merkmale von großer Spannung und von starkem Druck. Die Spannung ist auf das Konto des Plebiszits zu schreiben, das über die politische und wirtschaftliche Zukunft des Saargebietes und seiner Bewohner entscheiden soll. Der Druck muß den politischen Einflüssen ausge-



schrieben werden, die bestrebt sind, den Ausschlag der Abstimmung in eine bestimmte Richtung zu treiben, und die dabei hinsichtlich ihrer Mittel durchaus nicht wählerisch sind. Ueber, und unterirdisch wird in einer Weise agiert, die dem ganzen öffentlichen Leben ihren Stempel aufdrückt. Man kann das erkennen an einer unfairen Pressenkampagne, die vor keinem Mittel zurückfährt, keine Lüge verschmäht, keine Denunziation verschont und sich vor keinem Verdacht schämt. In dieser mächtigen Stadt von 100 000 Seelen hat sich eine Tagespresse entwickelt, die an Umfang und politischer Nuancierung beinahe

alles übertrifft, was auf diesem Gebiet besteht...

Diesemigen, die sich nicht der „deutschen Front“ anschließen, und das gilt vor allem für die Landesbevölkerung, — werden mit wirtschaftlichem Bankrott, gesellschaftlicher Isolierung und physischen und moralischen Terror bedroht. Man denkt dabei an Konzentrationslager und allgemeine Repressalienmaßnahmen nach dem Plebiszit, wenn das Saargebiet, worauf die „deutsche Front“ fest rechnet, wieder deutsch sein wird. Die Nationalsozialisten sollen schon, genau wie überall sonst, eine schwarze Liste angelegt haben, auf der alle, von denen bekannt ist, daß sie gegen Hitler sind oder sich für den Status quo ausgesprochen haben, als Staatsfeinde eingetragen sind, mit denen abgerechnet werden muß. Man weiß jetzt schon auf die Geschäfte, von denen man sagt: nach dem 13. Januar sind diese Herren „erledigt“. Aus den Äußerungen von Nationalsozialisten, die ich bei meinen Rundgängen in Saarbrücken auffangen konnte, bin ich geneigt zu schließen, daß alle diese Gerüchte und Behauptungen keine Hirngespinnste sind, sondern bitterer Ernst, mit dem man am Tage nach der Abstimmung ernstlich zu rechnen hat.“

Schnsucht deutscher Jugend

Jungensbriefe aus Wirklichkeit und Romantik

Gewiß: sie waren die Begeistersten, haben am sanftmütigen zu keinen Fährten geschworen, damals, diese deutschen Jungens, weil sie am ärgsten enttäuscht, geradezu der Verzweiflung nahe waren und sich noch ein klein wenig den Glauben an das Schicksal, an eine Wende ihres kümmerlichen Daseins, an das Schicksal deutscher Jugend bewahrt hatten. ... Kein Mensch nahm sich ihrer an, wenn sie stundenlang auf den Straßen herumtollten, in der Frühe sich die Zeitungen aus den Händen rissen, um nach offenen Arbeitsstellen zu suchen, wenn sie tagaus, tagein von Arbeit zu Arbeit, von Betrieb zu Betrieb, von Büro zu Büro wanderten und um Arbeit fragten. Bis sie es müde, mühsam und verbittert drangaben, das hatte ja doch alles keinen Zweck! Was hatte überhaupt das Leben für einen Zweck? Kein Inhalt, keine Freude — kaum satt zu essen! Dann zogen sie, an schönen Sommertagen, in kleinen Trupps hinaus, auf „Radt“ — in den Wald, an die Seen, auf Hügel und Berge — saßen des abends am Feuer und sangen ihre schönen Wander- und Fahrtenlieder. ... Jemandem warf vielleicht einmal ein politisches Wort hinein — aber sie wollten nichts hören, wollten sich die larme Freude, die ihnen noch blieb, durch die Garstigkeit politischer Diskussion nicht verderben lassen.

Und dann — dann war auf einmal alles aus! Es gab keine „Radt“ mehr, es gab nur „Dienst“. „Radt“ durften sie nicht mehr anziehen, man hatte sie ihnen heruntergerissen, wenn sie nicht freiwillig sie auszogen — es gibt nur noch Uniform! Ihre Bünde hat man vernichtet, die Fahnen und Wimpel verbrannt, Zelte ihnen geklopft, ihre harmlosen Instruktionen und Fahrten-Erinnerungen zertrampelt. Es gab keine Wander- und Fahrtenlieder mehr — nur noch „Camplieder“. Es gab keine freie, fröhliche, unbekümmerte Kameradschaft mehr — es gibt nur noch eine sehr vage „Gemeinschaft“, jene „von Staatswegen“ aufgezwungene Gleichmacherei. Es gab nicht mehr das im freien Spiel der jugendlichen Kräfte sich entfaltende Selbstbewußtsein und Verantwortungsgesühl — es gibt nur noch „Disziplin“, den kommandierten Gleichschritt, das Zick-Zack unter ein „Führerprinzip“ mit dem oft genug die Unartigen, ja die Unwärtigen (wie die Annalen der Hitler-Jugend immer wieder beweisen!) sich drapieren.

Nun sind bald zwei Jahre verfloßen — seit dem Tag! Sie haben ihre „neue Jugend“ im Zeichen des Hakenkreuzes so hässlich vorgegaukelt hatte, erlebt, sie haben die

Ein Wort an die saardeutschen Arbeiter

Man schreibt uns aus dem Reich: Das ganze Deutschland ist in ein Plakat- und Transparent-Meer getaucht. Aus allen Ecken und Enden leuchtet es und entzogen: „Keiner soll hungern und frieren!“ Der Reichsredeminiater Goebbels und der Paradedeminiater Göring verkünden Tag für Tag diese These, erläutern das Winterhilfswerk und wissen nicht genug den Dönerfuss der Volksgenossen zu loben. Die Gelder fließen reichlich. So reichlich, daß der gerühmte Bürger einen Schred bekommt über all die Wohlhaben, die den Hilfsbedürftigen zufließen. „Die Arbeitslosen werden tatsächlich verdrängt“. „Es wird zu viel für sie getan!“, sind Bedenken, die man mehr als einmal zu hören bekommt. Wenn man aber diesen „Moralern“ den wahren Sachverhalt erzählt, dann steht arzenienloses Erschauern ein.

Zunächst ein Wort über die „Freiwilligkeit“ der Sammlungen. Davon für Haus, Wohnung für Wohnung wird abgeklöpft. Wer nicht gibt, wird diffamiert, wer zu wenig gibt, bedrängt. Du mußt geben, lautet die Parole auch für denjenigen, der, wie früher, lieber selbst den wirklich Bedürftigen helfen will.

Wo bleibt nun das gesammelte Geld? Was erhalten die Bedürftigen an Unterstützung? Laßt Zahlen sprechen: Im Vorjahre wurden in Deutschland rund 7 Millionen Familien von der Winterhilfe betreut, in diesem Jahre angeblich nur 3,5 Millionen. Im Vorjahre verblieb ein beträchtlicher Ueberschuß, U. Bekanntmachung von Goebbels. In diesem Jahre ergaben Sammlungen und Eintopfgericht-Abenden angeblich beträchtlich mehr als im Vorjahre. Und trotzdem erhalten die Bedürftigen bedeutend weniger. Es erhielten durch die NSD, Kleinsteckende:

Weihnachten 1933: 2 Pfd. Mehl (0,44 Mk.), 1 Pfd. Zucker (0,40 Mk.), 1/2 Pfd. Schmalz (0,50 Mk.), 1 Tolle Milch (0,21 Mk.), 1/2 Pfd. Kaffee (0,55 Mk.), 1 Pfd. Reis (0,22 Mk.), 1 Pfd. Erbsen (0,40 Mk.), 1 Pz. Briketts (1,01 Mk.). Summa 3,78 Mk.

Weihnachten 1934: 2 Pfd. Mehl (0,44 Mk.), 1 Pfd. Zucker (0,40 Mk.), 1/2 Pfd. Schmalz (0,50 Mk.), 1 Pz. Briketts (1,01 Mk.). Summa 2,35 Mk.

Der Rentner Briketts kostet 1,16 Mk., 15 Pfd. muß der Unterhalt selbst zahlen.

Im Vorjahre gab es für den Monat Oktober bereits einen Rentner Briketts, in diesem Jahre nicht. Der Bedürftige (es findet eine haarsträubende Prüfung durch Wohlfahrtsamt und NSD, hat!) erhält im Vorjahre insgesamt 8 Rentner Briketts, zusätzlich der Weihnachtsgabe, insgesamt also für 11,81 Mk. In diesem Jahre 5 Rentner Briketts zusätzlich der Weihnachtsgabe, also insgesamt Wert 7,40 Mk. Für jede Person gibt es, wie im Vorjahre, 1 Rentner Kartoffeln. Verheiratete erhalten für jede Person vorstehendes Quan-

Die Saar stimmt ab: Für oder gegen Hitler

Von unserem Korrespondenten

Paris, 7. Januar.

Nachdem die französische Presse wiederholt darauf hingewiesen hatte, daß die Saarbevölkerung in keiner Weise darüber aufgeklärt sei, was der Status quo bedeute, nachdem sie auch die Öffentlichkeit davon unterrichtet hatte, daß die Blätter der „deutschen Front“ immer wieder die Möglichkeit einer zweiten Saarabstimmung bekritten, zeigt sie sich jetzt darüber sehr bedrückt, daß die Abstimmungsabstimmung nunmehr durch öffentliche Anschläge von dem diesbezüglichen Beschlusse des Völkerversammlungsrates der Saarwählerinnen Kenntnis gegeben wird.

Von Balthus meint im „Jour“, die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung müßte all den Abstimmungsberechtigten sehr willkommen sein, die heute noch zwischen „Ja“ und „Nein“ schwanken. Diese Lösung könne am 13. Januar nur diejenigen in ihrer Absicht bestärken, die für den Status quo einträten.

In allen Zeitungen wird mehr oder minder deutlich darauf hingewiesen, welche Verantwortung Regierungskommission und Abstimmungskommission damit übernommen hätten, daß sie am Freitag Sonntag die Gegenfundegebung der „deutschen Front“ erlaubt hätten, die ja nur die Anhänger der Freiheitsfront habe provozieren sollen.

Im „Excelsior“ wird von dem Saarbrücker Korrespondenten dieses Blattes die Meinung ausgesprochen, daß der Kampf, der sich an der Saar abspiele, tatsächlich keinen

Charakter völlig gewechselt habe. Man stimme nicht für oder gegen die Rückgliederung. Man stimme für oder gegen Hitler. Man möchte sagen, daß nicht das Schicksal der Saar auf dem Spiele stehe, sondern daß die Abstimmung um Hitler selbst gehe.

Der „Matin“ gibt aus einer in Zweibrücken gehaltenen und durch den Rundfunk verbreiteten Rede den Satz wieder: „Max Braun und seine Genossen wollen die deutschen Arbeiter an den französischen Kapitalismus verkaufen.“ Es ist klar, daß solche Bemerkungen wenig geeignet sind, in der französischen Öffentlichkeit Sympathien für Hitlerdeutschland zu erwecken.

Hitlerdeutschland sollte um so vorsichtiger mit derartigen Behauptungen sein, als doch kein Führer immer wieder seinen Willen betont, sich mit Frankreich zu verständigen. So berichtet der „Figaro“ aus Berlin, daß dort die maßgebenden Politiker erklärten, Hitler wolle nach der Saarabstimmung Frankreich ein ganz konkretes Angebot zwecks Abschluß eines Uebereinkommens machen, weil ja mit der Saarfrage das letzte Hindernis zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland aus dem Wege geräumt sei. Glaubte Hitler wirklich, mit einer solchen Hata Morgana die französische Regierung dazu zu verleiten, daß sie das tut, was dem Berliner Berichterstatter des „Jour“ zufolge die Nazisblätter wider besseres Wissen behaupten: „daß die französische Regierung von den Status-quo-Anhängern in Rom und Genf abgerückt sei und eine für Hitlerdeutschland günstige Saarabstimmung wünsch?“

Spannungen genossen — und sind aufs bitterste enttäuscht! Sie taumelten damals in das neue Erlebnis hinein, wie in einen schönen Traum, in eine herrlich sich entfaltende Illusion — aber, ach, es war nur eine Illusion! Gläubig waren sie, diese Jungens, entflammt, geradezu beseßten — kann man es ihnen verdenken? Es ist das Recht der Jugend, sich mit allen Fasern preiszugeben an das Erlebnis, dessen sie stannend, wenn auch nicht begreifend, Zeugen waren. Sie glaubten an eine Schicksalswende — ja, an eine Weltwende! Was hatte man ihnen doch alles versprochen, mit welcher eifrig und veranlassenden Worten hatte man sie gefördert! Jetzt stehen sie da und sind stumm! Zweifel nageln beständig denn le an ihren Gedanken. Sie wissen, wieviel sie verloren haben, wie herrlich Schönes man ihnen nahm — aber sie wissen bis heute nicht, was man ihnen dafür gegeben hat. Worte — nichts als Phrasen! Die „Garanten“ zu sein von Deutschlands Schicksal und Zukunft: das ist der vom Propagandaminister über den Reichsjugendführer bis herab zum kleinsten Pimpfensführer ewig heruntergeleierter Wahlpruch!

Sie haben es fast, sich mit Phrasen traktieren zu lassen. Unwirksam tun sie ihren Dienst. Manchmal nur die Hälfte aller tritt zum Appell an. Heimlich tun sie sich zusammen, die, die sich kennen und einander vertrauen, und fahren des Samstag hinaus in die freie Landschaft, wie sie es früher taten. Zelte bauten, am Lagerfeuer ihre Lieder sangen, auch wohl mal ein „Gelandespiel“ austrugen — aber es war doch eben Spiel, freies, ungebundenes Spiel jugendlicher Kräfte — nicht Kampf, nicht militärischer Drill! Nun hocken sie da und marichieren und üben Disziplin und üben, nicht weniger, an Schicksalsgewehren — und wenn sie, dazu kommandiert, auf „Radt“ gehen, dann ist das „militärische Uebung“, und wenn sie singen und spielen, dann ist das „Gehgeh und Kampfgeläch“, weil doch nie die „Aktion“ nachlassen darf, immer müssen sie in „Bewegung“ sein und die „Bewegung“ vorwärts treiben. ... Aber das laute und schmetternde Signal verliert nicht mehr, diese fortwährende Anspannung aller jugendlichen Instinkte macht auf die Dauer müde und apathisch — diese Jugend fühlt, wie sie immer im Kreise herumgeführt wird, einem Ziel entgegen, das sie nicht kennt, noch nicht einmal mit klaren Blicken sieht — und dem sie mißtraut. Sie spüren, daß sie im Wesentlichen sind. Die laute Fanfarenmusik und der ganze maskenhafte Spieß, der um sie getrieben wird, mit Orden und glitzernden Uniformen und flatternden Fahnen, — das alles erregt sie nicht mehr, läßt sie kalt und wirft ein bitteres Lächeln über ihre Jüge.

In ihren Phantasien aber lebt wieder das Bild von ebendem auf, dieses herrliche, bezaubernde Bild, da sie mit ihren Fahrtensoffen hinausziehen in die kleine und die große Welt.

vielleicht mit einem Bündelchen voller Sorgen, was morgen sein werde... aber doch unbefürmert, fröhlich, ihrer selbst bewußt, dem Heute preisgegeben und dem janzenden Rausch ihrer Jugend. Die schöne, wilde Welt tat sich hin auf, nicht „antarkisch“ umspannt mit Grenzpfählen oder Stachelndraht — und ihre Sehnsucht schweifte hinaus über die Grenzen auf das Meer, in ferne Länder und zu seltsamen Abenteuern. Aber das ist ja heute nicht erlaubt — Abenteuer gibt es nur, soweit sie vorkommt und wehrpolitisch von Nutzen sind — ferne Länder sind Länder der dixeren „Erbsünde“ — und das Meer darf für die hitlerische Jugend nur eine Domäne der Torpedos, Unterseeboote und Panzerkreuzer von A bis Z bis... sein!

Wenn diese Jungens nun einmal gerade nicht zu exerzieren haben, nicht durch Unterricht in Rossenfund, Instruktionen wehrpolitischer Art oder sogenannte „Lustkutschübungen“ in Anspruch genommen sind, und sie fühlen sich sicher im engen, vertrauten Kreis (denn überall gibt ja auch heute noch in den scharf überwachten Organisationen der Jugendzucht, der Spindel — wenn er auch nur spißelt, um desto schnellere Karriere zu machen!) — wenn sie zusammensitzen, dann stürzen sie wohl einmal von dem, was ihre Sehnsucht sucht, träumen leis die Fahrtenlieder, die sie früher braufend sangen, spinnen Märchen und Legenden, träumen von den stolzen Fahrten, die ihre Freunde früher einmal machten — und kein Mensch hindert sie daran, wenn die Lust sie hinaus in die Welt trieb, zu neuen, unbekanntem Ländern, zu Abenteuern, wie ihre Jungenseele sie ersehnte, aus Büchern las oder aus den Erzählungen der Großen hörte.

Sehnsucht dieser Jugend — einer enttäuschten, irregelleiteten Jugend, läßt sich nicht unterdrücken, diese Sehnsucht brant auf, wenn sie noch so kunstvoll und scheinbar überläßt wird, wenn sie lebendig, weid Nachseher... Eifernde Jugend — und diese Jugend wird reif! Sie leiden unter dem Druck, der sie einengt und lähmt — diese Jungen, die nun schon seit 20 Monaten im Gleichschritt marschieren müssen, immer im Kreise herum, längs den Grenzen, mit verhärtetem Willer über die Grenzen hinauszugehen und vielleicht schon im Jelen sich üben müssen. Sie sollen den Feind leben, der nach geschickter Propaganda-Methode längs den Grenzen dieses Hitlerdeutschlands herum aufmarschiert sein soll — und sie leben nur ein fernes, schönes Land, den weiten, blauen Horizont, die Sonne, die über Gerechte und Ungerechte aufgeht; sie hören den Wald rauschen, die Wasser kräusen, Menschen sind an und mitdröhen, so hier wie drüben — der alte Wandertrieb der jedem deutschen Jungen im Blut sitzt, was: sie und fast in neuen, unbekanntem Uern! (Schluß folgt.)

Carola von Paul Scholl

Der Aufenthalt in diesem feuchten Keller war fast unerträglich. Die Arbeit wurde schweigend verrichtet. Ingrim und Steinmeier säuberten die Gaze des Vervielfältigers und schwärzten die Walze. Der Jesus auf dem Bilde an der Wand sah ihnen zu.

In der entgegengesetzten Zimmerecke saß Carola Herbst vor einer Schreibmaschine und tippte den Text, den ihr der Bruder diktierte, auf eine Wachsplatte.

„Studenten! Arbeiter! Intellektuelle!

Hitler hat keine seine Versprechen an die Armen gehalten. Er hat Euch belogen und betrogen. Arbeit und Brot, Freiheit und Sozialismus habt Ihr gewollt; Hunger, Elend und noch mehr Knechtschaft hat er Euch gebracht. Die herrschende Klasse, unfähig einen Ausweg aus dem wirtschaftlichen Jammer und der sozialen Not zu finden, greift zu den Methoden des Terrors und der blutigen Unterdrückung, um den Widerstand der hungernden, verzweifelnden Massen gegen dieses grausame Ausbeuterregime zu ersticken.

Sie wollten uns zerschmettern! Sie wollten uns ganz einfach verbieten und aus der Welt lügen. Zwar können sie einige Kämpfer niederschlagen und in ihre Zuchthäuser werfen, ermorden oder in den Konzentrationslagern zugrunde richten, aber niemals werden sie aus den Hirnen und Herzen der Arbeiter, der Millionen Proletarier der Stirn und der Faust die Idee des Kommunismus austilgen. Wir leben und bereiten den Tag der revolutionären Abrechnung mit den Betrügnern und Henkern vor! Keine Schandtat wird ihnen vergessen sein! Es wird ihnen nicht vergessen sein, daß sie unseren tapferen Genossen Ernst Ivens, den Führer der roten Studentengruppe, der seit mehr als neun Monaten unschuldig in Untersuchungshaft sitzt, mit Hundepetischen mißhandelt haben, um ihm Geständnisse zu erpressen. Aber unser tapferer Genosse hielt stand! Kein Wort kam über seine Lippen!

Der Hauptprügelheld war der SS-Führer Neidhimmel, der Abscheu und Verachtung jedes anständigen Menschen verdient.

Das Leben Ernst Ivens ist in Gefahr!

Schickt massenweise Protestbriefe an die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter! Fordert überall die Freilassung unseres unschuldigen Kameraden!

Der rote Studentenbund.“

Carola schrieb schnell und sicher. Vorsichtig spannte sie den Bogen aus, gab ihm dem Bruder.

Sie stand auf, setzte sich gleich wieder, trommelte nervös mit den Fingern auf die Tischplatte und sah den Freunden zu, die den Rotaprint gesäubert hatten, und sich die Finger an einem schmierigen Lappen abputzten. Sie waren beide gleich groß, hatten dunkles, fast schwarzes Haar und ernste gleichmäßige Gesichtszüge. Sie sahen sich beinahe ähnlich.

Walter Herbst hatte den Wachsbogen durchgelesen. Er reichte ihn den Genossen. Sie spannten ihn auf die Gaze, drehten einige Male die Walze um, bis die Farbe gut eingesickert war. Dann machten sie die ersten Abzüge. Die Buchstaben waren sehr klar ausgeprägt.

„Werden die speuzen“ sagte Walter.

Carola legte die Bogen auseinander, damit sie besser trocken konnten. In drei Stunden waren sie mit der Arbeit fertig. Der Wachsbogen wurde sofort verbrannt.

Sie säuberten den Vervielfältiger. Dann hingen sie das Jesusbild ab und schoben den Dublikator in eine dahinter befindliche Nische. Die Schreibmaschine stellten sie dazu.

Sie verpackten die Flugblätter.

Carola füllte ihre Aktentasche und ging.

Die anderen erwarteten den Kurier, der die Flugblätterpakete abholen sollte. Sie konnten sie nicht selber fortbringen; sie waren zu bekannt. Sie durften sich nicht auf der Straße sehen lassen.

Carola schritt tüchtig aus. Sie war schlank und ihr Gang federnd.

Von irgend einem Glockenturm schlug es sieben. Sie mußte sich beeilen.

Die Menschen wogten über die Hauptstraße. Das war der richtige Augenblick.

Vor dem Woolworth-Warenhaus blieb Carola stehen.

Am seitlichen Treppenaufgang war ein Emailschild angebracht:

Dr. med. Stahl
Zahnarzt, 3 Stock

Sie stieg bis ins vierte Stockwerk hinauf. Hier wohnte niemand. Sie öffnete das Fenster und blickte hinunter auf die Straße. Der Wind piffte ihr über die Ohren. Ein rauher, eiskalter Wind. Die braunen Haare fielen ihr ins Gesicht. Sie strich sie zurück. Ihre Lippen glühten. Sie atmete hastig. Sie horchte einen Augenblick, ob niemand die Treppe hinauf käme. Nichts regte sich. Sie öffnete entschlossen die Tasche, warf die Flugblätter steil in die Luft. Schloß die Tasche, eilte ins dritte Stockwerk. Die Türe war geöffnet. Sie ging geradewegs ins Wartezimmer. Viele Patienten saßen da. Sie blickten Carola mißmutig an.

Sie setzte sich, nahm den „Völkischen Beobachter“ und begann zu lesen. Jetzt erst hörte sie ihren Herzschlag. Sie dachte einen Augenblick an die Freunde.

Sie wußte, daß die Straße schon abgesperrt war.

Die Türe ging auf. Ein SA-Mann trat ein. Er hatte ein geschwollenes Gesicht. Carola wußte, daß er ein Patient war.

Hinter ihm kamen noch eine ältere Frau, die einen Wattenbausch an die Backe gepreßt hielt und leise wimmerte, ein Herr mit einem Spitzbart und ein Sportlehrer den Carola kannte.

Dann wurde die Tür plötzlich aufgerissen.

„Schweinhunde! Saubande!“

„Was fällt Ihnen ein, Mann?“ fragte der Herr im Spitzbart. Ich bin Vorsigender des Kriegerversins Hassia.“

„Schnauze“, brüllte der SS-Mann. „Die Saukerle haben Flugblätter hier herunter geworfen.“ Hinter ihm kamen noch etwa acht SA-Leute mit schußfertigen Pistolen in der Hand. Die Frau mit dem Wattenbausch schrie auf. Der bebrüllte Zahnarzt erschien im Türrahmen und sagte:

„Meine Herren, ein Mißverständnis, ein Mißverständnis! Was ist denn vorgefallen?“

Drinne im Zimmer stöhnte ein Patient.

Der SS-Mann war nicht zu beruhigen. „Saukerle! Schweinhunde! Hunde! Wer hat hier die Flugzettel heruntergeworfen?“

„Aber verzeihen Sie bitte“, wagte der Zahnarzt zu sagen. „Ich bin Arier. Von diesem Fenster aus kann man ja nur in den Hof sehen. Sehen Sie doch selber!“

Der SS-Mann überzeugte sich davon.

Dann drehte er sich um, blickte den Arzt aus kleinen hinterlistigen Augen durchdringend an und ging mit seinen Kumpanen davon.

Der Mann vom Kriegerverein sagte, er würde dieses ungeschliffene Verhalten dem Führer melden.

Carola freute sich. Sie wartete noch eine halbe Stunde. Dann ging sie. Noch mindestens acht Patienten kamen vor ihr.

Die Menschen wogten immer noch über die Straßen. Der Polizeioffizier, an dem Carola vorbeiging, sagte zu einem Spitzbart: „Die Kommune hat doch Courage! Das muß man den Kerlen lassen.“

Sie fühlte eine tiefe Genugtuung. Sie wußte, daß das Flugblatt seine Wirkung nicht verfehlte.

Sie war zufrieden.

Aus dem im Februar im Offensiv-Verlag (London-Paris-Amsterdam erscheinenden Roman: „Der Ausweg“, Roman aus dem deutschen Bürgerkrieg 1934-35 von Paul Scholl.

Blunck

Ein deutsch-jüdisches Konkordat?

Der Präsident der Reichsschrifttumskammer Hans Friedrich Blunck veröffentlicht im Dezember-Heft der „Europäischen Revue“ eine „Rede an die Jugend der Westländer“. Ueber die Judenfrage werden darin von Blunck Ausführungen gegen die Einwendungen gemacht, die das Ausland zu dieser Frage gegen das neue Deutschland erhebt. Es wird der Einfluß der Juden im Deutschland vor 1933 in sehr übertriebener Weise geschildert und weiter ausgeführt: „Unsere Emigranten, die noch vor Jahresfrist Krieg gegen Deutschland oder zumindest unsere Entwarnung verlangten, die mit ihren Zeitungen die Parlamente unserer Nachbarländer überschwemmten, die das junge Deutschland überhaupt nur von draußen sahen und deshalb an ihm vorüberleben — genau wie die Emigranten der französischen Revolution — sollten endlich Rücksicht nehmen auf die Lage jener vier Fünftel der jüdischen Bevölkerung, die hier in Deutschland verblieben. Die Bestrebungen gerade des deutschen Schrifttums, zwischen der im Reich verbliebenen jüdischen Bevölkerung und der Regierung ein Konkordat zu erzielen, werden immer wieder im entscheidenden Augenblick durch Eingriffe aus dem Ausland verhindert.“

Hierzu bemerkt die „Jüdische Rundschau“, daß die deutschen Juden über diese Bestrebungen des deutschen Schrifttums bisher noch nicht unterrichtet waren. „In der Tat dürfte es eine wichtige Aufgabe der Kreise sein, die das geistige Deutschland repräsentieren, zur Judenfrage in einem positiven Sinne Stellung zu nehmen, da auf die Dauer eine Lösung dieses Problems nicht nur für uns Juden, sondern auch im Interesse der Entwicklung der deutschen Gesamtheit erforderlich ist.“ Dabei gelte es, so meint die „Jüdische Rundschau“, Mißverständnisse und irrige Vorstellungen zu beseitigen, was auch aus den angeführten Worten Bluncks hervorgeht, dessen Meinung über die Rolle der deutschen

Juden im deutschen Geistes- und Wirtschaftsleben allerdings einseitig orientiert erscheine.

Die „Jüdische Rundschau“ erscheint im „dritten Reich“. Sie drückt sich darum sehr zart aus. Um so deutlicher können wir werden. Dieser Herr Präsident Blunck hat sich früher um die Gunst jüdischer Verleger und jüdischer Schriftsteller, deren Geist er nicht emsig genug rühmen konnte, gerissen. In Hamburg war er Gast in jüdischen Häusern — genau so, wie er sich mit Vorliebe von den sozialdemokratischen Mitgliedern des hamburgischen Senats protegieren ließ. Unter seinen früheren Freunden befanden sich Leute, die emigrieren mußten. Er hat nie mehr ein Wort für sie gehabt und hat nie seine Stimme erhoben zugunsten verhafteter und gemarterter Kollegen, Knecht des „dritten Reiches“, dessen Gladiatoren er vor der Machtergreifung verachtete und verhöhlte.

Das heutige deutsche Schrifttum, die Blubo-Autoren und ihr Anhang, haben diesen Präsidenten redlich verdient.

„Klub wißbegieriger Kinder“ in Tiflis

Das Jugendtheater in Tiflis hat einen Kinderklub errichtet, in dem Kinder auf Fragen, für die sie Interesse haben, Antwort erhalten können. Fachleute und Lehrer geben den Kindern im Klub Auskunft über alle Wissensgebiete, vor allem Geschichte, Geografie, Technik usw. Ausstellungen über aktuelle Fragen werden im Klub organisiert, dem auch ein Spielzimmer für belehrende Unterhaltung (Rätsel, mathematische Scherzfragen, unterhaltende Aufgaben aus Chemie und Technik) angeschlossen ist.

Sein Kampf

Heil dem Mann, der in der Opposition steht!
Halb Rußland wollt' ich für Deutschland haben.
Wehe dem, der an die Macht gerät!
Nun muß ich sogar das Elsaß begraben.

Mein Sohn, bleibe stets in der Opposition!
Da kannst du den Wählern den Himmel versprechen.
Kaum war ich am Ruder, da muß' ich schon
alles (außer der Zinsknechtschaft) brechen.

Einst schien ich ein Löwe — heut schein ich ein Lamm
(und bin nur immer der Hitler geblieben).
Erinnert mich nicht an mein altes Programm —
das war eben nur für damals geschrieben.

Den Frieden will ich für alle Zeit —
zumindest für tausend Jahre — verkünden.
(Und er denkt für sich: Dies sage ich heut).
Was ich morgen tu — wird sich schon finden.

Iwan Heilbert.

Deutsche Lehrer im Kampf gegen nationale Verhetzung

Natürlich nicht im „dritten Reich“ oder gar im Saargebiet. Die Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer der Tschechoslowakei hat einen Aufruf an die sudetendeutsche Lehrerschaft erlassen, in dem sie unter Hinweis auf die Vernichtung der freien Schule und der Lehrerrechte in den faschistischen Ländern zur Abwehr der faschistischen Bestrebungen in gemeinsamer Front mit den tschechischen Lehrern auffordert. „Die Völkerverständigung ist in der Tschechoslowakei die Voraussetzung für den Sieg über den Faschismus. Wie der Faschismus den Untergang des Sudetendeutschums bedeutet, so ist die Völkerverständigung der einzige Weg zur Sicherung der sudetendeutschen Schule.“

Im Dienst dieser Arbeit steht eine pädagogische Woche, die in der Osterwoche (14.—19. April) in Teplitz-Schönau dem Gegenstand Schule und Völkerverständigung gewidmet sein wird. Dort werden behandelt: 1. Außenminister Dr. Benesch: Die kulturellen Aufgaben der Deutschen und Tschechen. 2. Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Czech (Vorsigender der deutschen sozialdemokratischen Partei): Wie kann der sudetendeutsche Lehrer für die Völkerverständigung wirken? 3. Universitätsprofessor Dr. Radl: Wie soll die Demokratie nationale Konflikte lösen? 4. Professor Dr. Kleinberg: Wie betreibe ich in Geschichte und Muttersprache Völkerverständigung? 5. Dozent Dr. Prikoda: Der Gedanke der Völkerverständigung in den neuen Lehrplänen.

Es ist ein guter Gedanke, gegenüber der nationalistischen Fanatisierung, wie sie von den Faschisten beider Völker planmäßig betrieben wird, den solidarischen Widerstand der deutschen und der tschechischen Demokratie einzusetzen. Vor allem der Lehrerschaft, die in erster Linie als Kulturvermittlerin zur völkerverständigen Arbeit berufen ist, und die sich doch so oft zur Schlepptreuerin der eigensüchtiggehässigen Verhetzungspolitik machen läßt, gilt es zu zeigen, was für sie und die Schule auf dem Spiele steht, ihre Kraft als Trägerin der Erziehung gegen rohe Unterdrückung und blutige Zerfleischung lebendig zu machen. Gelingt es, der gewissenlosen Politik der Chauvinisten hier einen unübersteiglichen Damm zu setzen, so ist die wichtigste Arbeit für die Rettung und den Ausbau der Kultur geleistet.

Auch für das Saargebiet, wo es zwar nur eine Nation, aber innerhalb dieser eine um so schlimmere nationalistische Verhetzung gibt, würde sich eine solche Veranstaltung sehr empfehlen.

Zschätzsch gibt Erkenntnis

Endlich die „tieferen Zusammenhänge“

Karl Georg Zschätzsch hat trotz seiner verdächtig zahlreichen Konsonanten einige Bücher geschrieben, die „Herkunft und Geschichte des arischen Stammes“ mit einem Bericht über „25 000 Jahre arischer Geschichte“ klarlegen, „uralte Sippen- und Familiennamen“ erläutern, die „zum Teil ein Alter von annähernd 16 000 Jahren“ haben, und endlich das „Geheimnis über die Herkunft der Germanen“ entschlüsseln, welche danach aus Atlantis stammen, wobei „der Sintbrant und die Sintflut“ ihre definitive Aufklärung finden. Auch wenn man die Bücher nicht selbst liest, bietet schon die Sammlung begeisterter Pressestimmen aus dem „Ari-Gau“ eine Quelle des Vergnügens. So schreibt die „Breslauer Hochschul-Rundschau“, daß es dem Verfasser gelungen sei, das Wesen und Werden des arischen Stammes „von seines Urda Bronnen Raunen an entstehen und verstehen zu lassen“ — (besonders entstehen!). — Im „Schwäbischen Schulanzeiger“ Augsburg heißt es: „Der Leser wird mit Staunen auf Zusammenhänge aufmerksam gemacht — (wer staunt da eigentlich? Schulzeitungen sollten doch besseres Deutsch von sich geben) — über die er tagtäglich hinwegstolpert.“

Und die „Deutsche Sparer-Zeitung“ Berlin — (Sachen gibt es!) — meint gar, daß, wer sich nicht „am Leitseil der Verdummung durchs Leben schleppen lassen will“, sich bei Zschätzsch Erkenntnis verschaffen soll. Ja, dagegen kämpfen Götter selbst vergebens.

Das Zeichen

Der Staatsrat Henningsen, Hamburg, stellvertretender Gauleiter der NSDAP, hat, laut „Frankfurter Zeitung“ kürzlich erklärt: „Wenn es heute noch Deutsche gibt, die lieber „Guten Morgen“ statt „Heil Hitler“ sagen, dann soll man sich darüber nicht aufregen, doch sind diese Leute nicht fähig, Beamte zu sein.“ — Die Prüfung zur Beamtenbefähigung kann demnach außerordentlich vereinfacht werden!